

# Presseinformation

Wiesbaden, den 29. Januar 2021  
Nr. 009

## Die Kriminologische Zentralstelle und die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter sind erfolgreich umgezogen

**Eva Kühne-Hörmann: „Wichtige Forschungs- und Präventionseinrichtungen haben ihre Arbeit im Gebäude Luisenstraße 7 in Wiesbaden aufgenommen.“**

**Wiesbaden** – Die Kriminologische Zentralstelle (KrimZ) und die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter sind seit Dezember 2020 im Gebäude der Luisenstraße 7 in Wiesbaden untergebracht. Es befindet sich in unmittelbarer Nähe zum Hessischen Ministerium der Justiz und steht im Eigentum des Landes Hessen.

Justizministerin **Eva Kühne-Hörmann**: „Die Liegenschaft Luisenstraße 7 in Wiesbaden hat mit der Kriminologischen Zentralstelle (KrimZ) und mit der Nationalen Stelle zur Verhütung von Folter zwei Mieter gefunden, die mit ihrer Arbeit weit über Hessen hinauswirken. Es freut mich, dass in das seit langer Zeit leerstehende Gebäude zwei justiznahe Organisationen einziehen, die sich damit in direkter Nachbarschaft zum Hessischen Ministerium der Justiz und dem Staatsgerichtshof des Landes Hessen befinden.“

Mit den Baumaßnahmen ist es gelungen, die Qualitäten eines denkmalgeschützten Gebäudes für eine moderne und nachhaltige Nutzung herzurichten. Die Sanierungsarbeiten und die Unterbringung zweier Forschungs- und Präventionseinrichtungen führen zu einer erheblichen Aufwertung des gesamten Areals der Luisenstraße. Für diese Arbeit bedanke ich mich bei allen am Bauprojekt beteiligten Personen. Ich bin sehr glücklich darüber, dass das Gebäude nach Abschluss der Baumaßnahme in neuem Glanz erstrahlt und wünsche allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einen erfolgreichen Start in ihrer neuen Wirkungsstätte – auf gute Nachbarschaft.“

Die Kriminologische Zentralstelle ist die zentrale Forschungs- und Dokumentationseinrichtung des Bundes und der Länder für kriminologische Forschungsfragen und seit ihrer Eröffnung im Jahre 1986 in Wiesbaden ansässig. Sie führt eigene praxisbezogene Forschungsprojekte durch, dokumentiert Forschungsergebnisse und bietet im Internet frei zugängliche Publikationen und Fachdatenbanken an. Weiter veranstaltet sie regelmäßig Fachtagungen zu kriminalpolitisch aktuellen Themen.

Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter ist die seit 2009 tätige unabhängige nationale Einrichtung zur Prävention von Folter und Misshandlung in Deutschland. Ihre Errichtung beruht auf dem Fakultativprotokoll zu dem Übereinkommen der Vereinten Nationen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe. Die Nationale Stelle hat die Aufgabe, regelmäßig Orte der Freiheitsentziehung aufzusuchen, auf Missstände aufmerksam zu machen und Verbesserungsvorschläge zu unterbreiten. Darüber berichtet sie jährlich der Bundesregierung, den Landesregierungen, dem Deutschen Bundestag und den Länderparlamenten.

Finanzminister **Michael Boddenberg** führte aus: „Das Haus in der Luisenstraße 7 hat in den vergangenen rund zwei Jahren eine beachtliche bauliche Entwicklung genommen. An zentraler Stelle unserer Landeshauptstadt haben wir, so wie versprochen, einen Schatz wieder zum Leuchten gebracht. Das Gebäude bietet für die neuen Mieter moderne Arbeitsbedingungen in einem historischen Ambiente. Es wurde ab November 2018 für rund 8,2 Millionen Euro umgebaut und saniert. Die Planung und Umsetzung der Sanierungsmaßnahme erfolgte durch den Landesbetrieb Bau und Immobilien Hessen. Unser Landesdienstleister hat hier einmal mehr ganze Arbeit geleistet. Die Mieter sind wichtige Institutionen der Länder und des Bundes. Die Strahlkraft des Gebäudes

wird daher über Wiesbaden hinaus für Eindruck sorgen. Und auch die Anwohner und Passanten können nun nach Fertigstellung der Arbeiten eine weitere sanierte, historische Außenfassade bestaunen, auf die Wiesbaden voller Stolz zeigen kann.“

Die Liegenschaft Luisenstraße 7 hat eine Bruttofläche von insgesamt ca. 750 qm im EG, 1. OG und 2. OG. Die Nutzfläche umfasst ca. 520 qm, die Verkehrsfläche ca. 230 qm. Die Kriminologische Zentralstelle erhält eine Nutzfläche von ca. 320 qm, die unter anderem zwölf Büros sowie eine Fachbibliothek (mit gegenwärtig 29.000 Büchern und 60 laufend gehaltenen Zeitschriften) berücksichtigt. Die Nationale Stelle zur Verhütung von Folter erhält eine Nutzfläche von ca. 200 qm, die unter anderem sieben Büros und einen Besprechungsraum umfasst.

Der Direktor der KrimZ, **Prof. Dr. Martin Rettenberger**, dankte der Justizministerin und dem Finanzminister für ihre Unterstützung und sagte: „Es freut mich sehr, dass unsere Einrichtung nun eine dauerhafte Bleibe in der Innenstadt von Wiesbaden und in unmittelbarer Nähe zur Justiz gefunden hat.“

„Die Räumlichkeiten in der Luisenstraße bieten den ehrenamtlichen Mitgliedern der Nationalen Stelle eine optimale Sitzungsatmosphäre und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Geschäftsstelle zeitgemäße Arbeitsbedingungen hinter geschichtsträchtigen Mauern“, so der Leiter der Bundesstelle **Ralph-Günther Adam** und der Vorsitzende der Länderkommission **Rainer Dopp**.

**Prof. Zvonko Turkali** vom ausführenden Architektenbüro Turkali Architekten erläuterte: „Die herausfordernde Aufgabe bestand darin, das schöne Gebäude konstruktiv und bauphysikalisch so zu ertüchtigen, dass eine zeitgemäße Nutzung möglich ist und zugleich der Biedermeierstil erhalten bleibt, was durch wenige Eingriffe im Inneren des Gebäudes und eine behutsame Sanierung aller Fassaden erreicht werden konnte. Mein Dank gilt der Bauherrschaft und dem Landesamt für Denkmalpflege Hessen für die fachlich hervorragende Unterstützung sowie allen am Bau beteiligten Handwerksbetrieben für eine durchgängig hohe Ausführungsqualität.“

**Hintergrund:**

Das Gebäude Luisenstraße 7 befindet sich im Eigentum des Landes Hessen. Es handelt sich um ein denkmalgeschütztes Gebäude, welches um 1830 als freistehendes, zweigeschossiges Haus mit seitlich angelagerter Toranlage erbaut wurde. Im Jahr 1866 erfolgte die Aufstockung des Gebäudes um ein Geschoss.

Bis zum Jahr 1999 war im Gebäude Luisenstraße 7 die Europaabteilung des Justizministeriums untergebracht. Nach deren Auszug wurde das Gebäude, in dem sich zwei Dienstwohnungen befinden, von Bediensteten des Landes bewohnt. Seit 2011 stand das Gebäude leer.